

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Elisabeth Grossmann und Mag. Bruno Rossmann
Kolleginnen und Kollegen

betreffend die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene und globaler Ebene zur Bekämpfung der globalen Finanzkrise und zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit
eingebracht im Zuge der Debatte zu Top 22, der 72. NR-Sitzung am 24. September 2008

Angesichts der weltweiten Finanzkrise werden in der EU Diskussionen über geeignete Maßnahmen zu führen sein. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene wäre ein erster richtiger Schritt zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Mit diesem Instrument wäre eine Dämpfung des Ausmaßes kurzfristiger Spekulationen möglich. Darüber hinaus müsste ein Maßnahmenpaket direkter Regulierungsschritte der internationalen Finanzmärkte folgen, die über die Schaffung von Transparenz hinaus gehen. Zu prüfen wäre insbesondere das Verbot von Short Selling Transaktionen, Übertragung von Risikobewertung an unabhängige Institutionen, Verschärfung der Eigenkapital- und Rechnungslegungsvorschriften.

Die lukrierten Finanzmittel sollen u.a. zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere zur Erfüllung der UN-Millenniumsziele, herangezogen werden.

Anknüpfend an den gemeinsamen Vorstoß von Bundeskanzler Gusenbauer und Finanzminister Molterer für eine europaweit wirksame Spekulationssteuer beim Europäischen Rat im Juni d. J. stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Nationalrat hat beschlossen:

Die Bundesregierung wird ersucht, sich angesichts der aktuellen weltweiten Finanzkrise im Rahmen der EU mit Nachdruck für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, beim nächsten ECOFIN am 6. und 7. Oktober 2008 eine erste Initiative dafür zu setzen.

